

## Inhalt

## I. Diskriminierung wegen Alters:

<b>Die beamtenrechtlichen Altersgrenzenregelungen im Fokus des Europarechts .....</b>	<b>1</b>
<b>1. Sachverhalt und Verfahrensgang.....</b>	<b>2</b>
<b>2. Die Entscheidung des europäischen Gerichtshofs vom 21.07.2011 .....</b>	<b>2</b>
<b>3. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M. ....</b>	<b>3</b>

<b>II. Neues auf Rehmnetz .....</b>	<b>3</b>
-------------------------------------	----------

von Markus Pferinger

Rechtsanwalt und Korrekturassistent an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach

## I. Diskriminierung wegen Alters: Die beamtenrechtlichen Altersgrenzenregelungen im Fokus des Europarechts

Der Artikel befasst sich mit der Vereinbarkeit von (hessischen) beamtenrechtlichen Altersgrenzenregelungen mit dem Europarecht. In jüngster Vergangenheit hat sich das Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M. mit dieser Problematik befasst. Der Verfahrensgang und die wesentlichen Argumentationslinien des Urteils des Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M. vom 20.08.2011 (Az: 9 K 4663/11.F) werden zusammenfassend dargestellt. Das vorgenannte Urteil steht im engen Zusammenhang mit dem Urteil des europäischen Gerichtshofs vom 21.07.2011 (Az: C-159/10, C-160/10). In der genannten Entscheidung kam das Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. zu dem Ergebnis, dass die allgemeine Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte für den automatischen Übertritt in den Ruhestand eine unmittelbare Diskriminierung wegen Alters darstellt. Ein Rechtfertigungsgrund für die Altersdiskriminierung bestand nicht.

### 1. Sachverhalt und Verfahrensgang

Der Kläger war seit dem 01.09.1994 bis zu seinem Ausscheiden am 30.09.2009 Oberstaatsanwalt im Bundesland Hessen. Das hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa teilte dem Kläger mit, dass er mit Ablauf des Monats August 2009 nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand trete. Daraufhin beantragte der Kläger unter Bezug auf § 50 Abs. 3 hessisches Beamtengesetz (HBG), den Eintritt in den Ruhestand um ein Jahr hinauszuschieben.

Dieser Antrag wurde durch das hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa abgelehnt. Zur Begründung führte das Ministerium aus, dass es an einem dienstlichen Interesse im Sinne des

§ 50 Abs. 3 HBG für den Aufschub der Pensionierung eines Beamten fehle. Insbesondere sei vorliegend nicht zu befürchten, dass sich die Pensionierung des Oberstaatsanwaltes negativ auf den Geschäftsablauf der Verwaltung auswirke. Es lägen keine Probleme bei der Rekrutierung von Nachwuchskräften im staatsanwaltschaftlichen Dienst vor.



### Produktipp

Dr. jur. Franz Werner Gansen (Hrsg.)

## Disziplinarrecht in Bund und Ländern

Kommentar



3.419 Seiten  
Loseblattwerk in 3 Ordnern  
Stand 33. Aktualisierung Oktober 2012  
wird ca. 3 mal im Jahr aktualisiert

ISBN 978-3-7685-3043-9  
Eur (D) 149,95  
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Das beliebte Standardwerk - jetzt noch praktischer

Unentbehrlich für die Arbeit im Bund und in den Ländern. Der "Gansen" informiert zuverlässig über die neue Rechtslage. Neben der Kommentierung des BDG sind die Disziplinargesetze der Länder abgedruckt und gegebenenfalls Abweichungen zum BDG kommentiert.

Eine Synopse erschließt die parallelen Paragraphen in Bund und Ländern. Dadurch ist das Werk sowohl im Bund als auch in den Ländern Gewinn bringend einsetzbar. Die für die Arbeit im disziplinarrechtlichen Bereich unverzichtbaren ergänzenden Vorschriften sind ebenfalls alle abgedruckt.

Zusätzlich enthält das Werk verschiedene Mustertexte für Praktiker (z.B. Einleitungs-/Einstellungsverfügung, Ladung, Protokoll, Disziplinarklage) und Schaubilder.

Gegen diesen Bescheid legte der Kläger Widerspruch ein und beantragte gleichzeitig im Wege eines Eilverfahrens vor dem Verwaltungsgericht, die Pensionierung zumindest bis zum 31.08.2010 aufzuschieben, sodass es ihm ermöglicht sei, bis zu diesem Zeitpunkt das Amt als Oberstaatsanwalt weiterhin auszuüben. Das Verwaltungsgericht gab dem Eilantrag des Klägers statt. Das Ministerium schob daraufhin den Eintritt des Ruhestandes des Klägers um einen Monat bis zum Ablauf des 30.09.2009 hinaus.

Die Zugunsten des Klägers erlassene einstweilige Anordnung wurde vom hessischen Verwaltungsgerichtshof aufgehoben, der Eilantrag des Klägers wurde abgelehnt.

Konsequenterweise wurde auch der Widerspruch des Klägers zurückgewiesen. Dem Kläger wurde die Urkunde zum Übertritt in den Ruhestand mit Ablauf des 30.09.2009 ausgehändigt. Der Kläger übte seither das Amt als Oberstaatsanwalt nicht mehr aus und bezog das ihm zustehende Ruhegehalt.

Mit der erhobenen Klage beantragte der Kläger festzustellen, dass er über den 30.09.2009 hinaus im Amt eines Oberstaatsanwalts in Beamtenverhältnis zum Beklagten verblieben und nicht entsprechend § 50 Abs. 1 HBG in Ruhestand getreten ist.

Im Rahmen des Klageverfahrens hat das Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. dem europäischen Gerichtshof die Frage zur Entscheidung vorgelegt, ob die beamtenrechtlichen Altersgrenzenregelungen in Hessen mit dem Verbot der Altersdiskriminierung mit europäischem Gemeinschaftsrecht vereinbar seien.

## 2. Die Entscheidung des europäischen Gerichtshofs vom 21.07.2011

Auf die Vorlage des Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M. stellte der europäische Gerichtshof in seiner Entscheidung vom 21.07.2011 (Az: C-159/10, C-160/10) folgenden Leitsatz auf:

„I. Die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.11.2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in

Beschäftigung und Beruf steht einem Gesetz wie dem hessischen Beamtengesetz in der Fassung des Gesetzes vom 14.12.2009, dass die zwangsweise Versetzung von Beamten auf Lebenszeit, im vorliegenden Fall Staatsanwälten, in den Ruhestand mit Vollendung des 65 Lebensjahrs vorsieht, wobei sich höchstens bis zum vollendeten 68. Lebensjahr weiter arbeiten dürfen, wenn es im dienstlichen Interesse liegt, nicht entgegen, sofern dieses Gesetz zum Ziel hat, eine ausgewogene Altersstruktur zu schaffen, um die Einstellung und die Beförderung von jüngeren Berufsangehörigen zu begünstigen, die Personalplanung zu optimieren und damit Rechtsstreitigkeiten über die Fähigkeit des Beschäftigten, seine Tätigkeit über ein bestimmtes Alter hinaus auszuüben, vorzubeugen, und es die Erreichung dieses Ziels mit angemessenen und erforderlichen Mitteln ermöglicht.

II. Die Angemessenheit und Erforderlichkeit der fraglichen Maßnahme ist nachgewiesen, wenn sie im Hinblick auf das verfolgte Ziel nicht unvernünftig erscheint und auf Beweismittel gestützt ist, deren Beweiskraft das nationale Gericht zu beurteilen hat.

III. Ein Gesetz wie das hessische Beamtengesetz in Fassung des Gesetzes vom 14.12.2009, dass den zwangsweisen Übertritt von Staatsanwälten in den Ruhestand mit Vollendung des 65 Lebensjahres vorsieht, ist nicht allein deshalb inkohärent, weil es ihnen in bestimmten Fällen erlaubt, bis zum vollendeten 68. Lebensjahr weiter zu arbeiten, es außerdem Bestimmungen enthält, die den Übertritt in den Ruhestand vor Vollendung des 65. Lebensjahres erschweren sollen, und andere Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats das Verbleiben im Dienst von bestimmten Beamten, insbesondere bestimmten Wahlbeamten, über dieses Alter hinaus vorsehen und das Ruhestandsalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre anheben.“

Der OLGH kam in seiner Entscheidung zu dem Ergebnis, dass eine Diskriminierung wegen des Alters bei Vorliegen von Rechtfertigungsgründen als rechters an-



## Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

zusehen sei und gelangte weiterhin zu dem Ergebnis, dass die Prüfung für das Vorliegen von Rechtfertigungsgründen bzw. die Feststellung der jeweiligen tatsächlichen Verhältnisse den nationalen Gerichten zu Entscheidung zugewiesen sei.

### 3. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M.

Nach weiteren Ermittlungen kam das Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. zu dem Ergebnis, dass eine Rechtfertigung der Altersdiskriminierung im vorliegenden Fall nicht gegeben sei. Das Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. gab daher der Klage statt und verpflichtete das Land Hessen dazu, den Kläger über die gesetzliche Altersgrenze hinaus weiter zu beschäftigen.

Zur Begründung findet das Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. zusammengefasst aus, dass die beamtenrechtlichen Altersbegrenzungsregelungen des Landes Hessen keine Zielbestimmung enthalte. Nach der Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs sei es jedoch Voraussetzung, dass der Mitgliedsstaat, vorliegend das Land Hessen, mit seiner Regelung ein erkennbares legitimes Ziel verfolge. Auch den Materialien des hessischen Landtages konnten keine ausreichenden Zielbestimmungen entnommen werden. Es fand sich lediglich ein Anhaltspunkt darauf, dass mit den Altersgrenzenregelungen eine ungünstige Altersschichtung vermieden werden solle. Tiefergehende Ausführungen hierzu waren dem Gesetzesmaterialien nicht zu entnehmen. Selbst wenn man unterstellen würde, dass das Ziel der Altersgrenzenregelungen die Förderung von Neueinstellungen sei, könne von Seiten des Gerichts nicht festgestellt werden, dass die Regelungen tatsächlich und systematisch für diesen Zweck eingesetzt werden. Die Ermittlungen des Verwaltungsgerichts ergaben, dass mehr ruhestandsbedingte Personalabgänge vorlägen als Neueinstellungen. Das Gericht nahm daher an, dass die Altersgrenze im bedeutsamen Umfang faktisch für Personaleinsparungen verwendet wurde. Die Einsparung von finanziellen Mitteln könne jedoch eine Altersdiskriminierung nicht rechtfertigen. Diese Überlegung brachte das Gericht zu der Auffassung, der Klage stattzugeben.

*Markus Pferinger  
Rechtsanwalt*

## II. Neues auf Rehmnetz

**News:** [Nds.: Landesregierung gewährt Beamten rückwirkend einen altersunabhängigen Urlaub von 30 Tagen](#)

**News:** [Geschiedene Beamtenfrauen ohne Krankenversicherung](#)

## III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Die Notdurft des Beamten als Dienstunfall](#)

[Fehlzeitenbericht: Sind Beamte krank oder faul?](#)

[Dienstunfall des Brillenträgers: Kein Ersatz für Gleitsichtbrille](#)



## Produktipp

Karlheinz Konrad

### Die modulare Qualifizierung



2012  
XIX, 124 Seiten, Softcover

€ 29, 95

ISBN 978-3-8073-0169-3

[\[Mehr Info\]](#)

Mit dem Inkrafttreten des Leistungslaufbahngesetzes am 1. Januar 2011 ist das Laufbahnrecht in Bayern von Grund auf neu gestaltet worden. Ein Kernstück dieses Gesetzes ist die modulare Qualifizierung, die den Aufstieg nach der Laufbahnverordnung ablöst. Diese soll das richtige Wissen zur rechten Zeit vermitteln und weiß sich damit dem Leitbild des lebenslangen Lernens verpflichtet. Das vorliegende Buch wendet sich deshalb an die Personalverantwortlichen von Staat und Kommunen, die die modulare Qualifizierung einführen und an die spezifischen Gegebenheiten vor Ort anpassen wollen und Informationen über das dabei zu beachtende Verfahren, die Handlungs- und Gestaltungsoptionen und den praktischen Vollzug der modularen Qualifizierung suchen.